

# Gemeinde Südlohn

## Niederschrift über die Sitzung

Gremium: Haupt- und Finanzausschuss  
vom: Mittwoch, 15. September 2010

9. Sitzungsperiode / 2. Sitzung

Ort: Großer Sitzungssaal  
Beginn: 18:00 Uhr  
Ende: 21:05 Uhr

### Anwesenheit:

- |                          |     |                                     |   |
|--------------------------|-----|-------------------------------------|---|
| I. Vorsitz:              | 1.  | Herr Bürgermeister Christian Vedder |   |
| II. Ausschussmitglieder: | 2.  | Frau Annette Bonse-Geuking          | Vertreter/in für:<br>(bis TOP II.3.1 einschl.)<br>(bis TOP II.3.1 einschl.) |
|                          | 3.  | Herr Hermann-Josef Frieling         |   |
|                          | 4.  | Herr Ingo Plewa                     |   |
|                          | 5.  | Herr Heinz Kemper                   |   |
|                          | 6.  | Frau Christel Sicking               |   |
|                          | 7.  | Herr Günter Bergup                  |   |
|                          | 8.  | Herr Ludger Gröting                 |   |
|                          | 9.  | Herr Manfred Schmeing               |   |
|                          | 10. | Herr Rolf Stöttke                   |   |
|                          | 11. | Herr Jörg Schlechter                |   |
|                          | 12. | Herr Josef Schleif                  |   |
| III. Ferner:             | 1.  | AL 01/32 - Herr Herbert Schlottbom  |   |
|                          | 2.  | AL 20 - Herr Martin Wilmers         |   |

Der Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht, so dass diese ebenfalls festgestellt wird.

# I. Öffentlicher Teil

## TOP 1.: Anerkennung der Niederschrift der letzten Sitzung

**Sitzungsvorlage-Nr.: -/-**

Die **UWG-Fraktion** weist darauf hin, dass auf Seite 10 der Niederschrift zu TOP I.3.2 Ziff. 11 b) beim Produkt 53.03.01 nicht die Grüne Fraktion, sondern die UWG-Fraktion die Vorlage einer Gebührenvorausschauplanung unter Einbeziehung der absehbaren Entwicklungen angeregt hat.

Weitere Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung vom 10.02.2010 werden nicht erhoben. Sie ist damit in der geänderten Form anerkannt

**Beschluss:**

**Kenntnisnahme**

## TOP 2.: Neubau Feuerwehrhaus Oeding

**Sitzungsvorlage-Nr.: -/-**

Der **Bürgermeister** gibt einen eingehenden Sachstandsbericht. Danach hat der DRK-Ortsverein Südlohn-Oeding e.V. im Rahmen einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 26.08.2010 erklärt, dass er das Projekt „DRK Senioren-Aktiv-Zentrum“ nicht weiter verfolgen kann. Hintergrund für diese Entscheidung ist, dass das Finanzierungskonzept auf beantragte Fördermittel von zwei Stiftungen basierte. Nachdem die zunächst in Aussicht gestellten Fördermittel seitens einer Stiftung nicht zugesagt wurden, bemühte sich das DRK um eine Finanzierungsalternative. Diese war jedoch finanziell für den Verein nicht darstellbar, zumal die mögliche Bewilligung der Fördermittel der anderen Stiftung hätte erst in 2011 erfolgen können.

Im Ergebnis bedeutet dieses für die Gemeinde Südlohn, dass eine Anpassung der Ausschreibungs- und Planunterlagen erforderlich wurde, wofür ein erheblicher Mehraufwand entstand.

Vor dieser Entscheidung hatte der DRK-Kreisverband Borken nachhaltig eine Beteiligung erklärt und so den Eindruck erweckt, dass nur noch der vorzeitige Baubeginn zu genehmigen, sowie Details und Auszahlungsmodalitäten zu klären seien.

Erst auf Anfrage der Gemeinde hatte der DRK-Kreisverband erklärt, dass von einer Stiftung wohl keine Fördermittel bewilligt werden. Dieses Verhalten des DRK-Kreisverbandes führte nicht nur zu einem Zeitverzug, sondern zu einem erheblichen Mehraufwand mit der Folge, dass etwaige Schadenspositionen beim DRK-Kreisverband geltend gemacht werden sollen. Der BM erbittet zu dem diesbezüglichen Tätigwerden ein Mandat des Gemeinderates.

Im Rahmen der nun erfolgten Umplanung wurde im Arbeitskreis Feuerwehrhaus unter anderem darüber gesprochen, inwieweit ein Schulungsraum für die Freiwillige Feuerwehr noch notwendig ist und Einsparpotentiale ermittelt und realisiert werden können. Im Ergebnis soll der Schulungsraum auch als Lageraum für größere Schadensfälle beibehalten und dieser Raum für die Oedinger Bevölkerung zur Nutzung angeboten bleiben. Am Gebäude werden sich gegenüber der Ursprungsplanung geringe optische Änderungen ergeben, so z. B. wird ein Flachdach statt eines flach geneigten Daches ausgeführt. Im Hinblick auf die angestrebte künftige Nutzung soll der Aufzugschacht gebaut werden, jedoch ohne den eigentlichen Aufzug.

Während die Baukosten (zusammen mit dem DRK-Gebäudeteil) zuletzt mit 1,86 Mio. Euro errechnet wurden, reduzieren sich diese ohne die Beteiligung des DRK auf 1,52 Mio. Euro. Nach Abzug jetzt ermittelter Einsparpotentiale in Höhe von rund 0,1 Mio. Euro verbleiben Baukosten von voraussichtlich rund 1,42 Mio. Euro. Bei dieser Kostenberechnung wurde darauf geachtet, dass die Funktionalität und die Einsatzfähigkeit für die Freiwillige Feuerwehr nicht eingeschränkt werden und der Schulungsraum zunächst nur teilweise ausgebaut wird. Parteiübergreifend besteht Konsens, dass die Kosten für den

Neubau im Griff behalten werden sollen. Weitere Einsparpotentiale werden bei Durchführung der anstehenden Ausschreibungen erwartet.

Die Gemeinde hat weiterhin Kontakt mit dem DRK-Ortsverein, dass dieser den Schulungsraum mit benutzt und sich an dem endgültigen Ausbau eventuell finanziell beteiligt. Darüber hinausgehende Kosten sollen über die Schadensersatzleistungen des DRK-Kreisverbandes finanziert werden.

Auf Wunsch der **CDU-Fraktion** wird das Ergebnis der Arbeitskreissitzung vom 13.09.2010 eingehend dargestellt und erläutert. Besonders hervorgehoben wird die sehr sachliche, fachliche und konstruktive Zusammenarbeit im Arbeitskreis.

Die Fraktion betont, dass die Funktionalität des Gebäudes nicht leiden darf, das neue Feuerwehrhaus jedoch nur kostentechnisch verantwortbar umgesetzt werden kann. Es sollen weitere Einsparungen angestrebt werden. Diese Überlegungen sollen zeitgleich mit der anstehenden Ausschreibung der Gewerke durchgeführt werden. Verzögerungen bei der Umsetzung der Baumaßnahme dürfen hierdurch nicht eintreten.

Die **FDP-Fraktion** erinnert an eine vermeintliche Aussage des früheren Bürgermeisters, dass das Feuerwehrhaus quasi zum Null-Tarif, nach Abzug der Mittel aus dem Konjunkturpaket II und der Verkaufserlöse des alten Feuerwehrgerätehauses, zu haben ist.

Derartige Aussagen sind der Verwaltung nicht bekannt. Die jetzt vorliegenden Planungen sind seit längerer Zeit bekannt und basieren auf einer Konzeption, die bereits vor Jahren entwickelt worden ist.

Die **Grüne Fraktion** bezeichnet das bisherige Vorgehen als unprofessionell und sieht auch keinen Konsens bei der Frage der Umsetzung der Planungen. Sie erinnert ausführlich an das bisherige Verfahren bis zum heutigen Sachstand. Das Vorgehen war unprofessionell, weil vor Weiterführung der Planungen keine schriftliche Zusage seitens des DRK eingeholt worden ist. Mit dem jetzt für einen Neubau einzusetzenden Geld hätte man auch die Altsubstanz sanieren können.

Der **Bürgermeister** erinnert an die Vorstellung der Planung des neuen Feuerwehrhauses in der Sitzung des Gemeinderates am 20.01.2010. Damals bestand Konsens, dass die Planung aufgrund des bestehenden Zeitdrucks nicht noch einmal in der nächsten Sitzung des Bau- pp. Ausschusses vorgestellt und erläutert werden sollte. Die Planung sollte zügig umgesetzt werden. Wollte man nun nach dem Abspringen des DRK das Gebäude total umplanen, entstehen hierdurch Mehrkosten, ein erheblicher Zeitverzug und damit einhergehend Verzugskosten. Er erinnert weiter daran, dass die Gemeinde als Pflichtaufgabe eine leistungsfähige Feuerwehr zu unterhalten hat.

Die **CDU-Fraktion** ergänzt, dass die Grüne Fraktion schon früher den Neubau eines Feuerwehrhauses gefordert hat. Außerdem wurde der Auftrag für die Rohbauarbeiten von dem überwiegenden Teil der Fraktionsvorsitzenden (ohne die der FDP- und der Grünen Fraktion) als Dringlichkeitsentscheidung unterzeichnet.

Die **SPD-Fraktion** unterstützt den Neubau, der kostengünstig und funktional durch Begleitung durch den Arbeitskreis errichtet wird. Allerdings war die Fraktion im Vorfeld nicht mit der Maßnahme so einverstanden, wie es jetzt den Anschein hat.

Nach Ansicht der **UWG-Fraktion** müssen noch erhebliche Einsparungsmaßnahmen folgen. Das bisherige Einsparungspotential von rund 100.000,- Euro ist nicht ausreichend. Sie erinnert daran, dass nach dem Ratsbeschluss vom 30.06.2010 weitergehende Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil notwendig sind. Außerdem schlägt die Fraktion vor, eine Kostenobergrenze festzulegen. Auf Nachfrage wird erläutert, dass es sich bei den bisherigen Kostenberechnungen um Bruttokosten nach DIN 276 ohne vorgenommene Verrechnung von Finanzierungen handelt.

Die **Grüne Fraktion** vermisst weiterhin Alternativen, die weiter verfolgt werden sollten. Außerdem bittet sie um die Vorlage einer Investitionsrechnung, um Kenntnis von den Folgekosten als Auswirkung des Neubaus auf die künftigen Haushalte der Gemeinde zu erhalten.

Die **FDP-Fraktion** sichert zu, das Projekt konstruktiv begleiten zu wollen, nicht jedoch dort, wo sie kostenmäßig nicht dahinter steht. Es darf „kein Geld mit vollen Händen aus dem Fenster geworfen werden“. Außerdem verweist die Fraktion darauf, dass andere Gemeinden ein Feuerwehrgerätehaus günstiger bauen. Bislang besteht kein Konsens, so dass die Fraktion zurzeit ein Problem hat, die

Planungen konstruktiv zu begleiten. Weitere Einsparungen sind notwendig, wobei diese realistisch sein müssen.

Der **Bürgermeister** verwehrt sich gegen den Vorwurf, dass Rat und Verwaltung und der Arbeitskreis bei der Baumaßnahme das gemeindliche Geld „mit vollen Händen aus dem Fenster werfen“. Das Projekt ist mit denen anderer Gemeinden nicht vergleichbar. Die entstehenden Baukosten sind nach objektiven Kriterien ermittelt worden und vergleichbar denen anderer Feuerwehrgerätehäuser in Deutschland. Das Feuerwehrhaus Oeding liegt dabei im Vergleich voll im Mittelwert. Die Verwaltung hat sehr transparent und zeitnah die Gremien informiert, die Umplanungen umgesetzt und Kosteneinsparungen zusammen mit dem Arbeitskreis ermittelt. Die Vorwürfe der FDP-Fraktion sind sachlich nicht nachvollziehbar.

Die **CDU-Fraktion** erinnert an die Aussage der FDP-Fraktion mitarbeiten zu wollen, wenn die Kosten unter 1,5 Mio. Euro liegen; daher sollte sie jetzt auch dabei sein. Außerdem war schon zu früheren SPD-/UWG-Zeiten die Notwendigkeit anerkannt, aufgrund des Zustandes des alten Feuerwehrgerätehauses nach Alternativen zu suchen. Die Gelegenheit hat sich jetzt ergeben und sollte entsprechend umgesetzt werden.

Die **UWG-Fraktion** beantragt dem Rat vorzuschlagen, eine Kostenobergrenze von 1,2 Mio. Euro abzüglich Konjunkturpaket II – Mittel festzulegen. Weitere Einsparpotentiale sind zu ermitteln und müssen zur Kostenreduzierung des Neubaus folgen.

Die **CDU-Fraktion** erinnert daran, dass die Rohbauarbeiten im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung vergeben werden mussten, da sonst ein Zeitverlust eingetreten wäre. Außerdem liegt bereits heute der dringende Appell des bauleitenden Architekten vor, aus Kostengründen das Projekt zügig weiter voranzubringen. Weitere Einsparungen werden vom Arbeitskreis angestrebt.

Der **Bürgermeister** verweist darauf, dass im Gegensatz zu einem Industriebau für ein Feuerwehrgerätehaus sehr viele weitere Vorschriften eingehalten werden müssen. Dieses betrifft auch die zwischenzeitlich erfolgten Änderungen bei der EnEV sowie bei der neuen VOB. Das Vergaberecht ist noch bis Ende 2010 vereinfacht. Dieses sollte man nutzen. Eine Kostenobergrenze festzulegen ist nicht der richtige Ansatz. Im Arbeitskreis wird weiter gemeinsam nach Einsparpotentialen gesucht und die Notwendigkeit verschiedener Ausführungsstandards diskutiert. Alle am Bau Beteiligten sind sich einig, die Kosten so niedrig wie möglich zu halten. Jedoch ist es notwendig, Standards und Anforderungen der Freiwilligen Feuerwehr einzuhalten. Die Feuerwehr hat dabei keine überzogenen Forderungen gestellt.

Auf Vorschlag des BM fasst der Ausschuss nachfolgenden Beschluss

**Beschluss:** **10 Ja-Stimmen**  
**2 Enthaltungen**

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, dass beim Neubau des Feuerwehrgerätehauses nach Möglichkeit weitere Kostenreduzierungen erkannt und quantifiziert werden sollen, um hierdurch eine Basis für weitere Entscheidungen im Gemeinderat und im Fachausschuss zu erhalten. Dieses Vorgehen ist wie bisher mit den Fraktionsvorsitzenden und dem Arbeitskreis abzustimmen. Falls Dringlichkeitsentscheidungen notwendig werden, sind diese vorher mit den Fraktionen abzustimmen.

### **TOP 3.: Pflichtige und freiwillige Leistungen im Haushalt der Gemeinde Südlohn - Haushaltskommission**

**Sitzungsvorlage-Nr.: -/-**

Es wird Bezug genommen auf die Sitzungsvorlage Nr. 54/2010 zur Sitzung des Gemeinderates vom 30.06.2010. Am 14.07.2010 hat die gebildete Haushaltskommission getagt und die Liste der pflichtigen und freiwilligen Leistungen im Detail beraten. Dabei wurde festgestellt, dass der

Gemeindhaushalt schon jetzt finanziell sehr eng gestrickt ist und nicht viel Raum für Einsparungen bietet, es sei denn, dass man die freiwilligen Leistungen grundsätzlich auf den Prüfstand stellt.

Die **CDU-Fraktion** erinnert daran, dass die Bildung der Haushaltskommission auf Grund ihres Antrages erfolgte. Sie sieht die Auflistung der pflichtigen und freiwilligen Leistungen als Einstieg in weitergehende Diskussionen (z.B. Musikschule, OGS usw.), ähnlich wie jetzt bei dem Neubau des Feuerwehrhauses Oeding. Die Fraktion appelliert, gemeinsam den Weg zu gehen und kritisch mit den Gemeindefinanzen umzugehen, die Unterhaltung von Gebäuden im Blick zu halten sowie die Demographieentwicklung zu berücksichtigen.

Der **Bürgermeister** betont, dass die Gemeinde das Verhalten eines guten Kaufmanns zeigen sollte, in dem sie über den Tag hinaus blickt und plant. Denn die Zukunft bringt heute noch nicht absehbare neue Belastungen. Gemeinsames Ziel sollte es sein, dass die Gemeinde nicht in die Haushaltssicherung gerät. Dabei müsste auch überlegt werden, inwieweit es noch zeitgemäß ist, dass in jedem Ortsteil jeweils gleiche Einrichtungen vorgehalten werden (Doppelprojekte).

Die **Grüne Fraktion** unterstützt den BM und regt ebenfalls an künftig strukturell die Gemeinde zu untersuchen, inwieweit die zweipolige Gemeinde Südlohn gegenüber einer einpoligen Gemeinde Schwachstellen durch das Vorhalten von Doppleinrichtungen und -projekten hat, dies zu beheben gilt.

Die **UWG-Fraktion** regt an, bei einzelnen Projekten und Maßnahmen nicht nur den reinen Gemeindeanteil zu sehen, sondern alle entstehenden Kosten. Innovative Einnahmequellen sollten nach Möglichkeit erschlossen werden.

Für die **FDP-Fraktion** ist der Haupt- und Finanzausschuss für eine Beratung über die Gemeindefinanzen prädestiniert. Eine gesonderte Kommission ist nicht notwendig. Zielführende Einsparungen sind anzustreben mit dem Ziel einen Überschuss zu erwirtschaften und nicht nur einen Haushaltsausgleich. Eventuell ist von dritter Seite Rat einzuholen, um die Gemeindefinanzen neu aufzustellen.

Die **SPD-Fraktion** sieht es als Aufgabe des Gemeinderates an, Bereiche zu definieren, wo man sparen möchte. Bei vertraglichen Verpflichtungen sollte überlegt werden, diese eventuell aufzukündigen.

Die Verwaltung erinnert daran, dass rund 75 % der Einnahmen fremdbestimmt und nicht planbar sind. Aufgabe der Gemeinde ist es die Daseinvorsorgeaufgaben zu erfüllen. Selbst wenn sofort alle freiwilligen Leistungen auf Null gesetzt würden, würde damit nur das Defizit aus 2009 aufgefangen. Die Haushaltskommission könnte vom Gemeinderat für die weitere Arbeit einberufen werden, um entweder über Details oder über die gesamten Gemeindefinanzen mit dem Ziel von strukturellen Änderungen zu beraten. Die Kommission ist dazu ein flexibles Instrument

**Beschluss:**

**Kenntnisnahme**

#### **TOP 4.: 2. Finanzausschussbericht für das Haushaltsjahr 2010**

##### **Sitzungsvorlage-Nr.: 89/2010**

Gegenüber dem Haushaltsansatz sind bei den Gewerbesteuerereinnahmen nach Abzug der Gewerbesteuerumlage aktuell Mehreinnahmen in Höhe von ca. 500.000,- Euro zu verzeichnen. Der Anteil an der Einkommensteuer bewegt sich derzeit noch im Planungsrahmen. Im Bereich der Ausgaben wird bei den Transferzahlungen ebenfalls eine Verbesserung der Situation erwartet. Zu berücksichtigen ist, dass bislang weder die Abschreibungen noch die internen Leistungsverrechnungen gebucht wurden, da sie nur am Ende des Haushaltsjahres gebucht werden.

Nach dem vorläufigen Jahresabschluss 2009 verbessert sich das Jahresergebnis gegenüber der Haushaltsplanung um ca. + 180.000,- Euro. Es verbleibt jedoch weiterhin ein Defizit von rd. 500.000,- Euro.

Das neue NKF belastet die Verwaltung in der Umsetzung. Dieses wird deutlich an den notwendigen Buchungen. Während im Haushaltsjahr 2008 im Rahmen der kamerale Haushaltsführung noch 85.000 Buchungen ausreichend waren, stieg der Umfang im Jahr 2009 aufgrund des NKF auf rd. 625.000 Buchungen. Unter Einbeziehung der Buchungen für die Eröffnungsbilanz wären 1,1 Mio. Buchungen erforderlich gewesen. Dieser Aufwand ist fast nicht mehr zu rechtfertigen.

Die Eröffnungsbilanz ist inzwischen von der Gemeindeprüfungsanstalt geprüft worden. Bei einer Bilanzsumme von ca. 66 Mio. sind nur geringe Anmerkungen gemacht worden. Die Eröffnungsbilanz liegt zurzeit zur weiteren Prüfung beim Kreis Borken. Sobald der Prüfbericht von dort erstellt ist, wird der Rechnungsprüfungsausschuss sich mit der Eröffnungsbilanz befassen und sie dem Gemeinderat zur endgültigen Feststellung vorlegen

**Beschluss:** **Kenntnisnahme**

**TOP 5.: Rückkaufsrecht für Anteile an der Wohnungsgesellschaft Ahaus-Gronau GmbH**

**Sitzungsvorlage-Nr.: 88/2010**

Unabhängig von der nachfolgenden Entscheidung bleibt es gem. den Verträgen an dem Vorschlagsrecht der Gemeinde zur Belegung der Wohnungen am Dahlienweg

**Beschluss:** **11 Ja-Stimmen**  
**1 Enthaltung**

**TOP 6.: Mitteilungen und Anfragen**

**6.1.: Durchführung des wöchentlichen Sprechtages in Südlohn**

**Sitzungsvorlage-Nr.: -/-**

Ab dem 01.11.2010 wird der neue elektronische Personalausweis eingeführt. Er enthält einen integrierten Chip, auf dem die auf dem Ausweis aufgedruckten Informationen zusammen mit einem digitalen biometrischen Passfoto gespeichert werden. Der neue Personalausweis erweitert den Anwendungsbereich um die elektronische Identität in der Onlinewelt und um die digitale Signatur.

Für die Beantragung und Bearbeitung des neuen Personalausweises sind von Seiten der Verwaltung erhöhte Sicherheitsstandards zu erfüllen, die aus Kostengründen nur im Bürgerbüro im Rathaus vorgehalten werden können. Denn je Arbeitsplatz sind hierfür ein entsprechend leistungsfähiger PC mit besonderer Software und ergänzender Hardware (Änderungsterminal, Fingerscanner, besonderer Drucker) erforderlich. Die Kosten betragen je Arbeitsplatz netto ca. 5.000,- Euro.

Wollte man weiterhin den Service für die Bürger des Ortsteils Südlohn aufrecht erhalten, dass diese während des wöchentlichen Sprechtages in Südlohn auch den Personalausweis beantragen und abholen können, wären neben diesen Kosten zusätzliche Kosten für eine Stand-Datenleitung zum Zugriff auf die im Rathaus vorhandene Einwohner-Datenbank erforderlich. Aufgrund des Umfangs der vorzuhaltenden Hardware wäre außerdem im Haus Wilmers ein gesonderter Raum erforderlich. Hierfür ist im Haus Wilmers jedoch kein Platz. Es ist seit Jahrzehnten Tradition, dass die Gemeindeverwaltung wöchentlich donnerstag nachmittags in Südlohn für die Bevölkerung einen Sprechtag abhält. Aufgrund des Ausweitens der technischen Möglichkeiten hat in den letzten Jahren

jedoch die Akzeptanz erheblich abgenommen. Bereits seit November 2008 ist mit der Einführung des neuen Reispasses dessen Beantragung nicht mehr auf dem Sprechtag möglich.

Die jetzt anstehenden Änderungen beim Personalausweis haben aus wirtschaftlichen Erwägungen zu der Entscheidung geführt, dass der Sprechtag in Südlohn zum 31.10.2010 nicht weiter fortgeführt werden kann.

Die **CDU-Fraktion** schlägt vor, im Rahmen einer Übergangsphase von 6 Monaten das Angebot des wöchentlichen Sprechtages auf einmal im Monat zu reduzieren, um die Bevölkerung auf die Änderungen einzustimmen.

Die **UWG-Fraktion** schlägt vor, der Bevölkerung bekannt zu geben, welche Leistungen nach dem 01.11.2010 noch auf dem Sprechtag erbracht werden können.

Auf Nachfrage besteht Einvernehmen, dass der wöchentliche Sprechtag, beginnend ab dem 01.11.2010 für die Dauer von 6 Monaten auf einen Termin je Monat, z. B. jeweils 1. Donnerstag im Monat, reduziert wird. Über die während dieser Zeit sich geänderte Nachfrage wird berichtet.

**Beschluss:** -/-

**6.2.: Erhöhung des Zuschusses für die Unterhaltung des evangelischen Friedhofes in Oeding**

**Sitzungsvorlage-Nr.:** -/-

**RM Schlechter** erinnert an die Vorsprache von Mitgliedern des Presbyteriums der Evangelischen Kirchengemeinde Oeding. Er fragt an, ob und inwieweit die Evangelische Kirchengemeinde mit einer Erhöhung des Zuschusses zur Unterhaltung des Friedhofes rechnen kann.

Es handelt sich um eine informelle Anfrage. Zwecks abschließender Entscheidung ist ein förmlicher Antrag an den Gemeinderat zu stellen.

**Beschluss:** -/-

**6.3.: Verkehrssituation auf der Doornte in Südlohn**

**Sitzungsvorlage-Nr.:** -/-

Nach der Novelle der Straßenverkehrsordnung hat das Straßenverkehrsamt die Entfernung der Schilder für den kombinierten Geh- und Radweg auf der Doornte zwischen der Hauptschule und der L 572 (alte B 70) verfügt. Die Radwegeschilder wurden inzwischen entfernt. Damit sind jetzt die Radfahrer auf der Fahrbahn der Doornte zugelassen, wodurch sich schon gefährliche Situationen ergeben haben. Schüler, die weiterhin den kombinierten ehemaligen Geh- und Radweg nutzen, sind entsprechend verwarnet worden.

**RM Frieling** fragt an, ob und inwieweit in Anbetracht der Sondersituation nicht mit dem Straßenverkehrsamt ein Ortstermin durchgeführt werden kann mit dem Ziel, dass die Situation auf den alten Zustand zurückgeführt wird. Er begründet seinen Vorschlag auch damit, dass die touristische Wegweisung weiterhin entlang dem alten kombinierten Geh- und Radweg geführt wird. Eine gleichgelagerte Situation ist auf der Bahnhofstraße in Südlohn vorzufinden. Hier ist es in der Bevölkerung jedoch Tradition, dass die Radfahrer die Fahrbahn benutzen. Eine Rückführung auf den bisherigen Zustand ist damit an dieser Stelle nicht erforderlich.

Auf Nachfrage erklärt sich der Ausschuss mit dem Vorschlag, einen Ortstermin mit dem Straßenverkehrsamt hinsichtlich der Radwegeführung auf der Doornte zu vereinbaren, einverstanden.

**Beschluss:** -/-

Vedder

Schlottbom